

EINLADUNG

19. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Personal und Diversity

Sitzungstermin: Dienstag, 13.06.2023, 17:30 Uhr

Raum, Ort: BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung (Sondersitzung)
- 2 Annahme von Niederschriften
- 3 Endlich wieder eine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung in Westend schaffen
CDU-Fraktion **0129/6**
- 4 Mieter:innen vor Strom- und Gassperren schützen -
Energieschuldenberatung im Bezirk!
Fraktion DIE LINKE **0227/6**
- 5 Integrationsbüro am Limit - Stellen endlich besetzen!
Fraktion DIE LINKE **0261/6**
- 6 Mehr Personal für mehr Wohngeldanträge und Beratungen
SPD-Fraktion **0274/6**
- 7 Nachverdichtungspotentiale heben
FDP-Fraktion **0293/6**

- | | | |
|-----------|--|---------------|
| 8 | Arbeitsplätze der Galeria Karstadt Kaufhof sichern!
Fraktion DIE LINKE | 0372/6 |
| 9 | Das Kaufhaus GALERIA Karstadt Berlin Wilmersdorfer Straße erhalten
CDU-Fraktion | 0310/6 |
| 10 | Mitteilungen und Fragen an die Verwaltung | |
| 11 | Verschiedenes | |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Alissa Wiemann
Ausschussvorsitzende

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Schmidt-Statzkowski/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0129/6

<p>Beratungsfolge:</p> <table> <thead> <tr> <th><i>Datum</i></th> <th><i>Gremium</i></th> <th></th> <th></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>19.05.2022</td> <td>BVV</td> <td>BVV-008/6 überwiesen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>09.06.2022</td> <td>JHA</td> <td>JHA-005/6</td> <td></td> </tr> <tr> <td>14.10.2022</td> <td>JHA</td> <td>JHA-009/6 vertagt</td> <td></td> </tr> <tr> <td>03.11.2022</td> <td>JHA</td> <td>JHA-010/6 vertagt</td> <td></td> </tr> <tr> <td>01.12.2022</td> <td>JHA</td> <td>JHA-011/6 vertagt</td> <td></td> </tr> <tr> <td>05.01.2023</td> <td>JHA</td> <td>JHA-013/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen</td> <td>einstimmig</td> </tr> <tr> <td>13.06.2023</td> <td>HH</td> <td>HH-019/6</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>BVV</td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>			19.05.2022	BVV	BVV-008/6 überwiesen		09.06.2022	JHA	JHA-005/6		14.10.2022	JHA	JHA-009/6 vertagt		03.11.2022	JHA	JHA-010/6 vertagt		01.12.2022	JHA	JHA-011/6 vertagt		05.01.2023	JHA	JHA-013/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	einstimmig	13.06.2023	HH	HH-019/6			BVV		
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>																																			
19.05.2022	BVV	BVV-008/6 überwiesen																																		
09.06.2022	JHA	JHA-005/6																																		
14.10.2022	JHA	JHA-009/6 vertagt																																		
03.11.2022	JHA	JHA-010/6 vertagt																																		
01.12.2022	JHA	JHA-011/6 vertagt																																		
05.01.2023	JHA	JHA-013/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	einstimmig																																	
13.06.2023	HH	HH-019/6																																		
	BVV																																			

Endlich wieder eine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung in Westend schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, einen Plan zur Schaffung einer Einrichtung der bezirklichen Jugendförderung in Westend mit Finanzierungsplan und in Frage kommenden Grundstücken zu erstellen und der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf und dem Jugendhilfeausschuss bis zum 30. Juni 2022 vorzulegen.

Begründung:

Seit der Schließung des Jugendheims in der Soorstraße 85 gibt es keine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung mehr in Westend.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0227/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
01.09.2022	BVV	BVV-011/6 überwiesen	
22.09.2022	Soz	Soz-008/6 vertagt	
27.10.2022	Soz	Soz-009/6 vertagt	
24.11.2022	Soz	Soz-010/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	J:13 N:0 E:4
13.06.2023	HH	HH-019/6	
	BVV		

Mieter:innen vor Strom- und Gassperren schützen – Energieschuldenberatung im Bezirk!

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt dem Ausschuss für Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung und Diversity, die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt soll prüfen, inwieweit eine bezirkseigene Schuldenberatung mit dem Schwerpunkt Verhinderung von Strom- und Gassperren zusätzlich zur Schuldner:innen- und Insolvenzberatung des Diakonischen Werks in der Brabanter Straße angeboten werden kann. Das Beratungsangebot soll möglichst vor Ort in einem der bezirkseigenen Nachbarschafts- oder Stadtteilzentren und in einem Gebiet mit besonderem Bedarf durch einen geeigneten Träger umgesetzt werden.

Die Mittel für ein angemessenes Beratungsangebot sind in einem möglichen Nachtragshaushalt bzw. im nächsten Bezirkshaushalt bereitzustellen. Das Angebot ist über die Website des Bezirksamts sowie mittels professionell erstellter Flyer und über weitere Kanäle in Einrichtungen sozialer Träger und des Bezirksamts umfassend zu bewerben.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt soll prüfen, inwieweit eine bezirkseigene Schuldenberatung mit dem Schwerpunkt Verhinderung von Strom- und Gassperren zusätzlich zur Schuldner:innen-

und Insolvenzberatung des Diakonischen Werks in der Brabanter Straße angeboten werden kann. Das Beratungsangebot soll möglichst vor Ort in einem der bezirkseigenen Nachbarschafts- oder Stadtteilzentren und in einem Gebiet mit besonderem Bedarf durch einen geeigneten Träger umgesetzt werden.

Die Mittel für ein angemessenes Beratungsangebot sind in einem möglichen Nachtragshaushalt bzw. im nächsten Bezirkshaushalt bereitzustellen. Das Angebot ist über die Website des Bezirksamts sowie mittels professionell erstellter Flyer und über weitere Kanäle in Einrichtungen sozialer Träger und des Bezirksamts umfassend zu bewerben.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0261/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
29.09.2022	BVV	BVV-012/6 überwiesen	
12.10.2022	PartInt	Par-005/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	J:5 N:3 E:5
13.06.2023	HH	HH-019/6	
	BVV		

Integrationsbüro am Limit - Stellen endlich besetzen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, die unbesetzten Stellen im Integrationsbüro umgehend zu besetzen. Im Vorfeld sollen die Stellenbewertungen und Stellenprofile angepasst werden, mit dem Ziel attraktivere Stellen durch die Anhebung von Gehalts- bzw. Besoldungsstufen zu schaffen.

Der BVV ist bis zum 30.11.2022 zu berichten.

Begründung:

Im Integrationsbüro sind aktuell nur 2,5 von 8 Stellen besetzt. Neben einem gesetzlich vorgeschriebenen Integrationsbeauftragten haben auch zahlreiche Mitarbeiter:innen das Büro verlassen, bzw. fallen zeitweise aus. Eine umfassende Betreuung der Träger, eine Vertretung des Bezirks in den zahlreichen Gremien der Stadt und die Betreuung der weiterhin hohen Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Staaten kann so nicht gewährleistet werden.

Erst im Januar 2023 solle die Stelle der:des Integrationsbeauftragten nachbesetzt werden, der Zeitpunkt für die anderen vakanten Stellen ist unklar. Angesichts der anstehenden Herausforderungen mit der Vielzahl an bereits hier lebenden, aber auch der zahlreichen täglich neuankommenden Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Staaten wie Syrien oder Afghanistan ist diese Situation nicht hinzunehmen, die Stellen müssen unverzüglich besetzt werden. Die Anzahl der bei uns ankommenden Menschen wird auf Grund von Krieg, Klimakatastrophe und Hunger in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Sie alle haben ein Recht auf Unterstützung beim Ankommen in unserem Bezirk!

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempf/Dr. Buß/Dr. Biewener/Bodensiek

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0274/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
20.10.2022	BVV	BVV-013/6 überwiesen	
10.11.2022	BüDi	BüDi-007/6 ohne Änderungen im Ausschuss be-	J:10 N:7 E:0
		schlossen	
13.06.2023	HH	HH-019/6	
	BVV		

Mehr Personal für mehr Wohngeldanträge und Beratungen

Die BVV möge beschließen:

Die BVV fordert das Bezirksamt auf, eine Planung zu erstellen und im Fachausschuss vorzustellen, aus der der zusätzliche Personalbedarf und der daraus resultierende Finanzbedarf für die zügige Bearbeitung der zusätzlichen Wohngeldanträge aufgrund der Erweiterung des Berechtigtenkreises nach dem dritten Entlastungspaket hervorgeht. Des Weiteren soll das Bezirksamt erläutern, wie es gedenkt diesen Personalbedarf zu decken.

Entsprechendes gilt auf den zu erwartenden zusätzlichen Beratungsbedarf bei der Mieter*innenberatung im Hinblick auf die im kommenden Jahr drohenden Nachzahlungsforderungen für Heiz- und Nebenkosten.

Dabei soll auch geprüft werden, inwiefern freie Träger einbezogen werden oder das Beratungsangebot mit bereits existierenden Angeboten gemeinnütziger Einrichtungen koordiniert werden kann.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke-Friedrich/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0293/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
20.10.2022	BVV	BVV-013/6 überwiesen
09.11.2022	Stadt	Stad-016/6vertagt
23.11.2022	Stadt	Stad-017/6vertagt
14.12.2022	Stadt	Stad-018/6vertagt
11.01.2023	Stadt	Stad-019/6im Ausschuss abgelehnt
13.06.2023	HH	HH-019/6

Nachverdichtungspotentiale heben

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die im Zuge der durchgeführten Untersuchungen zur Überbaubarkeit freistehender und eingeschossiger Einzelhandelsstandorte eruierten 17 Standorte mit einem Nachverdichtungspotential von rd. 1.300 Wohneinheiten mit jeweils rd. 100 m² schnellstmöglich zu heben und in die Planungen zur Bebauung der ermittelten Standorte einzusteigen. Hierzu ist der Kontakt zu den Grundstückseigentümern aktiv zu suchen und eine kooperative Art der Grundstücksentwicklung mit dem Ziel der Schaffung von neuem Wohnraum im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zu wählen.

Begründung:

In Charlottenburg-Wilmersdorf herrscht weiterhin ein enormer Druck auf dem Wohnungsmarkt. Um diesem begegnen zu können, müssen erkannte Potentiale genutzt und gehoben werden, um unterausgenutzte Grundstücke nachzuverdichten und Wohnungen zu bauen. Die Nachverdichtung im bereits stark urbanisierten Umfeld verringert weiterhin den Verlust von unversiegelten Flächen und reduziert die sonst notwendige Schaffung von neuer Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, Straßen usw. in Neubaugebieten

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Deißler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0372/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
15.12.2022	BVV	BVV-015/6 vertagt
19.01.2023	BVV	BVV-016/6 überwiesen
13.06.2023	HH	HH-019/6
	BVV	

Arbeitsplätze der Galeria Karstadt Kaufhof sichern!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt solidarisiert sich öffentlich mit den Beschäftigten der Galeria Karstadt Kaufhof.

Solange der im Letter of Intent (LoI) zwischen Senat, Galeria Karstadt Kaufhof und der SIGNA-Gruppe vereinbarte Fortbestand der Warenhäuser nicht gewährleistet ist, wirkt das Bezirksamt auf einen vorläufigen Stopp städtebaulicher Projekte an den Warenhausstandorten im Bezirk hin.

Sollte die Vereinbarung zwischen dem Senat von Berlin, Galeria Karstadt Kaufhof und SIGNA-Gruppe von 2020 nicht weiterhin im Sinne der Beschäftigten Bestand haben, wird das Bezirksamt aufgefordert, sich für eine Neuverhandlung der Vereinbarung (Letter of Intent) einzusetzen, um die Arbeitsplätze der Mitarbeiter:innen von Galeria Karstadt Kaufhof zu sichern.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

Im Letter of Intent (LoI) aus dem August 2020 wurde u. a. vereinbart:

„Die SIGNA-Gruppe, die Geschäftsführung von GALERIA Karstadt Kaufhof und der Senat von Berlin kommen überein, das Unternehmen dabei zu unterstützen, sich zukunftsfähig aufzustellen und den Großteil der Standorte, der Arbeitsplätze und der entsprechenden Warenhaus-Verkaufsflächen in Berlin zu erhalten. Die unterzeichnenden Parteien setzen sich gemeinschaftlich und partnerschaftlich für den Fortbestand der Warenhausstandorte von GALERIA Karstadt Kaufhof sowie für die Umsetzung damit in Zusammenhang stehender städtebaulicher Projekte ein und treffen dazu nachstehende

Vereinbarung. Der Senat wird die Bezirke bei den in ihrer Zuständigkeit liegenden und zur Erfüllung dieses Lol erforderlichen Aufgaben unterstützen.“

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Sandvoß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0310/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Das Kaufhaus GALERIA Karstadt Berlin Wilmersdorfer Straße erhalten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich mit der Signa-Gruppe in Verbindung zu setzen und sich für den Erhalt des Warenhauses GALERIA Berlin Wilmersdorfer Straße einzusetzen.

Sofern es Planungen gibt, dieses zu schließen, ist der BVV zu berichten, welche konkreten Maßnahmen das Bezirksamt beabsichtigt, um das Warenhaus zu retten und eine Schließung abzuwenden.

Der BVV ist bis 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Galeria/Karstadt ist der letzte große Ankermieter in der Wilmersdorfer Straße. Bei Verlust des Unternehmens ist davon auszugehen, dass sich das auf die Anziehungskraft der Straße negativ auswirken würde. Im Interesse der Kundinnen, Kunden sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss sich das Bezirksamt aktiv einsetzen, dass der Standort erhalten bleibt und die Arbeitsplätze im Kiez gesichert werden.